TIROLER GEMEINDEZEITUNG

OFFIZIELLE ZEITSCHRIFT DES TIROLER GEMEINDEVERBANDES

Foto: Chris Walch

Ausgabe 11/12 2012

Besuchen Sie uns auch im Internet!
www.gemeindeverband.tirol.gv.at
Telefon: 0512/587130
Anschrift:
Adamgasse 7a
6020 Innsbruck

„Sponsoring Post"
Verlagspostamt
6020 Innsbruck
GZ 02Z030434 S

Aus dem Inhalt

- Die Meinung des Präsidenten 2/3
- Tirols Gemeinden stehen finanziell gut da 4
- Unhaltbare Agrar-Zustände 5
- Integration darf kein Lippenbekenntnis sein 6
- Drei Ehrenringe vergeben 7
- Bekenntnis zur Einkaufsplattform 8
- Effizientes Management in Gemeinden 14/15

Die Meinung des Präsidenten

Liebe Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, geschätzte Leser

Am 14. November dieses Jahres hat der Tiroler Gemeindetag 2012 in der Gemeinde Weerberg stattgefunden. Neben mehr als 160 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern konnten wir auch eine Reihe von Ehrengästen, allen voran Landeshauptmann Günther Platter, Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer und Helmut Mödlhammer, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, begrüßen. Wir bedanken uns beim Gastgeber, der Gemeinde Weerberg mit Bürgermeister Ferdinand Angerer an der Spitze. Es wurde eine exzellente Visitenkarte tirolischer Gastfreundschaft abgegeben.

Kostenverteilung wird beibehalten

Es konnte eine Reihe von aktuellen Themen angesprochen werden und manches, was als Bitte oder Arbeitsauftrag weitergegeben wurde, konnte schon umgesetzt werden. So wurde etwa unsere Forderung nach einer weiterhin vernünftigen und notwendigen Dotierung der Förderungen im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft seitens des Bundes zwischenzeitig erhört und die Mittel wurden zugesagt. Ebenso hat es in einer finalen Verhandlungsrunde am 27. November 2012 eine Einigung zum Sozialpakt und zur Finanzierung des Strukturplanes Pflege gegeben.

Basierend auf der prognostizierbaren demografischen Entwicklung, ist nämlich allen politischen Entscheidungsträgern im Land seit längerem klar, dass uns ein erhöhter Bedarf an finanziellen Mitteln im Pflegebereich ins Haus steht. Seitens der zuständigen Stellen im Landhaus gab es bei der Suche nach Lösungen stets engen Kontakt mit dem Tiroler Gemeindeverband. Dies war zwingend nötig, um den nun vorliegenden „Sozialpakt Neu“ auf Schiene zu bringen, der einen Schulterschluss zwischen Land Tirol, Stadt Innsbruck und den Gemeinden darstellt. Durch die Paktierung ist die Finanzierung des Strukturplans Pflege langfristig sichergestellt. Dieser sieht bis 2022 um 40 Prozent mehr Leistungsstunden bei mobilen Diensten, den Ausbau von 1200 Pflegebetten sowie die Ausbildung von rund 2000 zusätzlichen Pflegekräften in Tirol vor.

Mit der erzielten Einigung wird die bisherigen Kostenverteilung zwischen Land und Gemeinden bei Mindestsicherung, Grundversorgung, Rehabilitation und Pflege mit 65 zu 35 Prozent bis zum Jahr 2022 fortgeschrieben. Außerdem verdoppelt das Land für das Jahr 2012 noch einmal den Gemeindeanteil aus dem Pflegefonds in Höhe von rund 4,4 Millionen Euro. Insgesamt müssen in den nächsten zehn Jahren nicht weniger als 250 Millionen Euro in den Pflegedienst investiert werden. Mittel, die aus der Wohnbauförderung und den Gemeindelastenausgleichsfond bestritten werden.

Der Pakt sieht zudem vor, dass von 2013 bis 2022 aus dem Landeshaushalt zusätzlich 48 Millionen Euro in den Aus- und Neubau von Heimplätzen, mobiler Pflege und ambulanter Strukturen investiert werden. Ab 2016 ist zudem eine Valorisierung der Mittel vorgesehen. Wie die Zuschüsse ziffernmäßig exakt, etwa bezogen auf ein Bett, ausschauen, ist schon strukturiert, allerdings noch gemeinsam in Richtlinien zu gießen.

Hilfestellung für ältere Menschen

Der Tatsache, dass die Menschen immer älter werden, müssen wir alle Rechnung tragen. Unsere Aufgabe in den Verhandlungen war es, dafür zu sorgen, dass nicht die Gemeinden über Gebühr zur Kassa gebeten werden. Dass in den Kommunen von einzelnen Ausreißern abgesehen, hervorragend gewirtschaftet wird, belegen alle Statistiken. Dies geht auch aus dem Gemeindefinanzbericht 2012 hervor, über den wir in der vorliegenden Ausgabe auf Seite 10 ausführlich berichten. Aus diesem geht hervor, dass Österreichs Kommunen im Finanzjahr

„Mit der erzielten Einigung beim Sozialpakt Neu wir die bisherige Kostenverteilung zwischen Land und Gemeinden bei Mindestsicherung, Grundversorgung, Rehabilitation und Pflege mit 65 zu 35 Prozent bis zum Jahr 2022 fortgeschrieben.“

2011 extreme Haushaltsdisziplin gezeigt und hervorragend gewirtschaftet haben.

Noch eine Anmerkung zum Geld: Ich habe es am Gemeindetag berichtet und wurde in der Folge mehrfach von Kolleginnen und Kollegen angesprochen. In sehr vielen Gemeinden wurden in der Vergangenheit und werden auch aktuell Bauvorhaben mittels eines Leasingmodells finanziert, um zumindest teilweise die Vorsteuer zu lukrieren.

Sich diese Abrechnungen mit der Leasingfirma von einschlägigen Experten überprüfen zu lassen, kann ich aus eigenem Erleben nur ausdrücklich empfehlen. Es kann sich eine veritable Gutschrift oder eine Reduktion der Leasingraten ergeben. Das Risiko war im konkreten Fall und ist generell Null, weil diese Experten auf Erfolgshonorarbasis arbeiten. Nähere Auskünfte geben wir gerne.

Keine Umsetzung des Gesetzes

Ein Thema, das uns auch im kommenden Jahr beschäftigen wird, sind die Gemeindegutsagrargemeinschaften. Auch wenn es noch so gebetsmühlenartig behauptet wird, die Umsetzung des novellierten Tiroler Flurverfassungslandesgesetzes funktioniert nicht. Die Gemeinden können in der Praxis ebenso wenig über das Gemeindegut disponieren wie sie die ihnen aus den Substanzerträgen zustehenden Gelder jederzeit entnehmen können. Beides stünde unmissverständlich im Gesetz. Es zeigt sich an Beispielen aus dem ganzen Land, dass es ein Konstruktionsfehler war, die Agrargemeinschaften als Verwalter des Gemeindegutes zu installieren. Die Wurzel des Problems liegt darin, dass die Funktionäre der Agrargemeinschaften das, was sie von Gesetzes wegen tun sollten, nicht tun wollen, weil es ihren Eigeninteressen und den Interessen derjenigen zuwider läuft, denen sie ihre Wahl verdanken. In krassen Einzelfällen wurden Sachverwalter eingesetzt. Fazit: Sie sind samt und sonders Papiertiger.

Auch in Mieders passiert nichts

Selbst im Musterfall Mieders, wo im Frühjahr 2011 ein Sachverwalter eingesetzt wurde, passiert nichts. Eine positive Ausnahme ist Langkampfen, dort musste jedoch der Sachverwalter auf behördliches Geheiß auf halber Strecke die Arbeit einstellen. Darauf, dass dieser Konstruktionsfehler zu beheben ist und auch behebbar ist, hat der Gemeindeverband oft genug hingewiesen. Wir werden dies weiterhin tun und können auch Hilfestellung leisten.

Obwohl das Gesetz es klar sagt und die Höchstgerichte mehrfach bestätigt haben, dass Substanz- und Jagdpachterträge ausschließlich der Gemeinde zustehen, wurde und wird unverändert Vereinbarungen das Wort geredet. Es ist allerdings schon eine besondere Pointe, wenn die Landesregierung unlängst dem Bundesrechnungshof kleinlaut mitteilen musste, dass die Handlungsanleitungen der Landwirtschaftskammer mit ihren Berechnungsmodellen zur Aufteilung von Substanzerträgen und Jagdpachterlös aus dem Verkehr gezogen werden. Dass der Gemeindeverband diese Anleitungen seit ihrem erstmaligen Auftauchen im Frühjahr 2011 vehement abgelehnt hat, ist bekannt.

Mit dem Agieren an Gesetzen und an Höchstgerichtserkenntnissen vorbei ist der vielbeschworene Dorffrieden jedenfalls nicht zu retten. Ganz im Gegenteil, die Gräben werden größer und Mobbing hat Hochsaison. Berichte aus vielen Gemeinden liegen uns vor.

Ich habe größten Respekt und ziehe den Hut vor all jenen Gemeindemandatarinnen und Gemeindemandataren, die unverändert den rechten Weg gehen, ihre Verantwortung als gewählte und auf die Gesetze vereidigte Funktionsträger aufrechten Ganges wahrnehmen und dies auch dann noch tun, wenn sie von mancher Seite mit Beleidigungen und Verbalinjurien eingedeckt und bewusst geschnitten werden.

Meine Unterstützung ist ihnen sicher und in der Sache werde auch ich weiterhin unverdrossen kämpfen.

Herzlichst
Ernst Schöpf

Foto: Chris Walch

„Mit dem Agieren an Gesetzen und Höchstgerichtserkenntnissen vorbei ist der vielbeschworene Dorffrieden nicht zu retten."

Gemeinden Tirols stehen finanziell sehr gut da

Verschuldungsgrad ist im Schnitt im ganzen Land gesunken

Dass Tirols Gemeinden hervorragende Arbeit leisten, belegen sämtliche Statistiken. Und zeigt sich alleine an der Tatsache, dass die Verschuldung deutlich gesunken ist und inzwischen das Niveau von 2007 erreicht hat. Dass dennoch nicht alles Gold ist, was glänzt, verhehlte Gemeindeverbandspräsident Bgm. Mag. Ernst Schöpf beim Tiroler Gemeindetag in Weerberg nicht.

Präsident Ernst Schöpf: „Die Tiroler Gemeinden haben Bodenhaftung bewiesen."

„Bedingt durch schlechte Wirtschaftsprognosen haben manche Gemeinden da und dort Projekte verschoben. Den angefallenen Investitionsstau wird es in naher Zukunft abzuarbeiten gelten", warnte Schöpf vor zuviel Jubelstimmung angesichts der vorliegenden Zahlen. Ebenso verlieh er seiner Hoffnung Nachdruck, dass es im Bereich der Wildbach- und Lawinenverbauungen keine finanziellen Streichungen geben wird: „Eine Mure fragt nicht nach den budgetären Möglichkeiten. Das mag in der Pannonischen Tiefebene keine große Rolle spielen. In den westlichen Bundesländern Österreichs sehr wohl."

„Eine Mure fragt nicht nach den budgetären Möglichkeiten. Das mag in der Pannonischen Tiefebene keine große Rolle spielen. In den westlichen Bundesländern Österreichs sehr wohl." ***Präsident Bgm. Ernst Schöpf***

Nachjustierungen basierend auf in den vergangenen beiden Jahren gewonnenen Erkenntnissen fordert Schöpf in Sachen Kinderbetreuung. Was ganztätige Schulformen angeht, muss es für ihn Abgeltungen für die zu erbringenden Erhaltungsleistungen geben. Was Landeshauptmann Günther Platter untermauerte: „Von mir gibt es ein klares Nein zu einer verpflichtenden Nachmittagsbetreuung. Und der Bund muss dafür die nötigen Mittel bereit stellen. Hier ist es nötig, dass der Gemeindebund in alle Entscheidungsfindungen eingebunden wird."

Fotos: Julia Moll

Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer: „Der Verteilungskampf wird beinhart."

Die Einheit des Westens beschwor Österreichs Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer: „Der Verteilungskampf wird beinhart. Da ist es nötig, dass die Westachse gemeinsam ihre Stimme in Wien erhebt." **pele**

Agrar-Thematik: Zustände sind weiterhin unhaltbar!

Ummissverständlich bleibt die Haltung von Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf zum Thema Gemeindegutsagrargemeinschaften. Dies machte er beim Gemeindetag in Weerberg einmal mehr deutlich.

„Die nunmehrige Diskussion über das Historikergutachten zum Thema Haller in Osttirol interessiert mich weniger. Und auch nicht, ob die betreffende Person nun ein Hardcore-Nazi war oder nicht. Fakt ist, dass, wenn wir die Causa leidenschaftslos betrachten, in der Sache selbst Stillstand herrscht. Sachwalter, die da und dort eingesetzt wurden, bringen nichts weiter. Und eigentlich müsste es ohnehin Aufgabe der Behörde sein, höchstgerichtliche Urteile, die en masse vorliegen und eindeutig sind, umzusetzen. Das stets propagierte Verwaltungsmodell ist kein gutes. Und wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass sich relative leicht in das Gesetz eingreifen lässt, um alles ins Reine zu bringen. Hier im Raum sitzen Kolleginnen und Kollegen, die könnten unglaubliche Geschichten erzählen. Es ist schlichtweg kein Zustand, was sich hinsichtlich dieses Themenbereichs in den Gemeinden Tirols abspielt."

Gemeindereferent LR Johannes Tratter: „Das Historikergutachten in Osttirol war wichtig, um den Vorwurf des Nazi-unrechts aus der Welt zu schaffen. Rechtlich ist freilich entscheidend, was die Höchstgerichte sagen. An deren Entscheidungen hat man sich zu halten."

Die Umsetzung höchstgerichtlicher Urteile, von denen es bekanntlich schon 1982 eines gab, lässt allerdings nach wie vor auf sich warten bzw. wird diese torpediert. **pele**

„Das im Zusammenhang mit den Gemeindegutsagrargemeinschaften stets propagierte Verwaltungsmodell ist kein gutes. Es wäre mit einer einfachen Gesetzesänderung relativ einfach, alles ins Reine zu bringen." ***Präsident Bgm. Ernst Schöpf***

www.we-tirol.at

Wir kümmern uns um ihr Daheim

Als gemeinnütziger Wohnbauträger schafft die WE leistbaren Wohnraum für die Tiroler Bevölkerung. Als Ihr verlässlicher Partner bei Hausverwaltung und Gebäudemanagement erledigen wir kompetent alle anfallenden Aufgaben. Und sorgen dafür, dass Ihr Eigenheim auch weiterhin gut erhalten bleibt.

Jetzt informieren – wir beraten Sie gerne!
Tel. 0512 53 93-0
hausverwaltung@we-tirol.at

ACC

wohnungsEIGENTUM
hier bin ich daheim.

Integration darf kein Lippenbekenntnis sein

Schwerpunktthema beim Gemeindetag in Weerberg

Die berufliche und soziale Integration von Menschen mit Handicap in Gemeinden war ein zentrales Thema beim Gemeindetag in Weerberg. Caritas-Direktor Georg Schärmer: „Tirol ist ein Brauchtsumsland. Also sollte für alle das Motto gelten: Du wirst gebraucht."

Für Schärmer steht fest: „Menschen mit Behinderung haben das gleiche Recht auf Arbeit." Dass es nicht immer ganz einfach ist, solche zu finden, weiß der Vize-Bürgermeister von Ranggen, Markus Baumann. Selbst Vater eines Sohnes mit Handicap kennt er die Probleme, die auf die gesamte Familie zukommen. So wollen etwa Eltern oft nicht lästig sein, wenn es darum geht, wegen eines Jobs bei einem potenziellen Arbeitgeber vorzusprechen. „Arbeit für Menschen mit Handicap zu schaffen, ist ein gesellschaftspolitischer Auftrag für jeden Politiker", sagt Baumann.

„Arbeit für Menschen mit Handicap zu schaffen, ist ein gesellschaftspolitischer Auftrag für jeden Politiker."
Vbgm. Markus Baumann Ranggen

Für den Zirler Vize-Bürgermeister Erich Steffan ist es von großer Wichtigkeit, dass im öffentlichen Bereich die vorgegebenen Behindertenquoten erfüllt werden.

Dass dem nicht so ist, wurde unlängst vom Bundessozialamt kritisiert. Dann das Land Tirol ist im Bundesvergleich in diesem Bereich Schlusslicht!

Fotos: Julia Moll

Georg Schärmer (links) und Markus Baumann plädieren für verstärkte Integration.

Erich Steffan (links) und Johann Aigner nehmen öffentliche Stellen in die Pflicht.

Dabei ist die berufliche Integration mit das wichtigste überhaut. Das untermauerte in Weerberg Johann Aigner, Geschäftsführer im Aufbauwerk der Jugend: „Menschen mit Handicap dürfen nicht aus Mitleid akzeptiert werden. Im Berufsleben zu stehen ist auch für sie die Basis für die vollständige Teilnahme am gesellschaftlichen Leben." **pele**

Drei Ehrenringe vergeben

Foto: Julia Moll

Im Rahmen des Tiroler Gemeindetages in Weerberg wurden drei Ehrenringe vergeben. Nationalrat Franz Hörl (links) war vom 29. März 1992 bis 13. Juli 2009 Bürgermeister von Gerlos. Josef Grander (Mitte) stand der Gemeinde St. Johann vom 15. März 1992 bis 14. Februar 2012 vor und war mehr als 13 Jahre Vorstandsmitglied des Gemeindeverbandes. 25 Jahre lang war Ignaz Ladurner Bürgermeister von Dorf Tirol. Von 1992 bis 2010 bekleidete er auch die Funktion des Präsidenten der Bezirksgemeinschaft Burggrafenamt und machte sich auch in anderen kommunalpolitischen und ehrenamtlichen Funktionen verdient.

Ihr Partner für kommunale EDV-Lösungen

- Software-Lösungen für öffentliche Verwaltungen und Unternehmen
- Videoüberwachungs-Systeme
- IT-Netzwerk-Lösungen
- Dokumentenmanagement und Archivierung
- Web-Lösungen
- VoIP-Telefonsysteme
- IT-Sicherheits-Lösungen
- IT-Consulting
- IT-Check

kufgem

Kufgem-EDV Gesellschaft m.b.H.
6330 Kufstein Fischergries 2
Tel.: +43 5372 6902
info@kufgem.at www.kufgem.at

Ein klares Bekenntnis zur Einkaufsplattform

LH Günther Platter: „Es braucht den Mut, etwas zu beginnen“

Die vereinzelt in die Kritik geratene Einkaufsplattform GemNova des Tiroler Gemeindeverbandes war ebenfalls Thema beim Gemeindetag in Weerberg. Sowohl LH Günther Platter als auch Gemeindereferent Johannes Tratter bekannten sich klar zur Einrichtung.

LH Günther Platter: Daumen hoch für Kooperationen und gemeinsame Einkaufsplattform.

„Wir haben uns 2009 im Vorstand des Gemeindeverbandes zu entschlossen, den gemeinsamen Einkauf zum Thema zu machen und dafür Lösungen zu finden. Dass eine gemeinsame Einkaufsplattform zunächst einmal mit Klinken putzen verbunden ist und es eine gewisse Anlaufzeit braucht, bis alles rund läuft, war uns damals allen klar. Wir haben 450.000 Euro in die Hand genommen, 500.000 Euro kamen über den Gemeindeausgleichsfonds hinzu“, erklärte Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpf. Und ergänzte: „Tirols Gemeinden kaufen jährlich um rund 300 Millionen Euro ein. Wenn je Kommune 46.000 Euro pro Jahr über die GemNova lukriert werden, stehen wir mit dieser schon auf eigenen Beinen. Wenn wir das nicht schaffen, ist es ein Armutszeugnis für die Gemeinden, deren Autonomie am Prüfstand steht.“

LR Tratter: „Die Bürgermeister müssen für sich entscheiden, ob sie das wollen. Der Grundansatz der Einkaufsplattform ist jedenfalls richtig und wichtig. Ich bin 2010 selbst noch im Vorstand des Gemeindeverbandes gesessen und habe die Entscheidung für die GemNova mitgetragen. Seitens des Landes gab es eine Anschubfinanzierung. Dass es keine ewige Förderung geben kann, ist allen Beteiligten klar.“

„Ich habe 2010 als Vorstandsmitglied des Gemeindeverbandes die Entscheidung für die GemNova mitgetragen. Seitens des Landes gab es eine Anschubfinanzierung.“
LR Johannes Tratter

Auch Landeshauptmann Günther Platter gab positive Signale: „Kooperationen sind auf Gemeindeebene sinnvoll. Und man muss auch einmal den Mut haben, etwas zu beginnen.“ Das enge Zusammenwirken einzelner Gemeinden sieht er als taugliches Mittel gegen mitunter aufkeimende Planspiele in Sachen Fusionierungen. „Zwangsbeglückungen dieser Art wird es nicht geben. Zumal diese ein hohes Zerstörungspotenzial in sich bergen würden. Auch was die Ehrenamtlichkeit in vielen wichtigen Bereichen angeht.“ **pele**

LR Johannes Tratter: „Der Grundsatz einer Einkaufsplattform ist richtig und wichtig.“

Gemeinden geht ein Licht auf

Einsparpotenzial bei der Sanierung von Straßenbeleuchtungen

Daniel Iuriatti (GemNova), Präsident Bgm. Mag. Ernst Schöpf und GemNova-Geschäftsführer Alois Rathgeb (von links).

Das Aus für Quecksilberdampflampen ist laut EU-Verordnung beschlossene Sache. Diese trifft auch Tirols Gemeinden voll. Nicht weniger als 28.000 Lichtpunkte müssen von den Kommunen bis 2015 saniert werden. Über seine 100-Prozent-Tochter GemNova bietet der Tiroler Gemeindeverband nun die Möglichkeit, die notwendigen LED-Beleuchtungen kostengünstiger zu beschaffen. „Eine wichtige Hilfestellung für die Gemeinden", erklärt Präsident Bgm. Mag. Ernst Schöpf.

Das Investitionsvolumen für die Sanierung der überalterten Lichtpunkte liegt in Tirol in den nächsten Jahren bei 22 bis 30 Millionen Euro. „Sich im komplett unübersichtlichen Markt der LED-Anbieter zurecht zu finden, ist alles andere als einfach", erklärt GemNova-Geschäftsführer Alois Rathgeb. Fehlentscheidungen können freilich sehr teuer kommen – nämlich dann, wenn sich Produkte nach einigen Jahren als nicht geeignet herausstellen. „Billig ist nicht immer technologisch ausgereift", stellt Rathgeb klar.

Eine von der GemNova durchgeführte Ausschreibung hatte klare Parameter zum Inhalt. Unter anderem mussten die Anbieter über technisch und wirtschaftlich geprüfte, hochwertige Produkte verfügen. Und auch der Regionalität (insbesondere im Hinblick auf Servicezeiten) sollte Rechnung getragen werden. Mit IKB/Swarco, Elin und Exterior wurden drei in Österreich ansässige Betriebe als Anbieter ausgewählt.

Die GemNova bietet eine „All-in-one"-Lösung für die Sanierung der Lichtpunkte an. Rathgeb: „Wir organisieren von der Analyse der bestehenden Anlagen über die Planung und Beschaffung bis hin zur Finanzierung und Förderung das gesamte Paket. Für die Gemeinden ergeben sich daraus natürlich juristische und zeitliche Entlastungen. Und aus der gemeinsam Ausschreibung resultiert ein zusätzliches Einsparpotenzial in Höhe von vier bis sechs Millionen Euro."

Auch wenn Tirols Gemeinden weitere Kosten aufgebürdet werden: Bei einer flächendeckenden Umstellung auf LED-Straßenbeleuchtungen beträgt die durchschnittliche Reduktion der Jahresstromkosten 49 Prozent!

Schöpf: „Die Sanierung der Straßenbeleuchtungen ist ein Beispiel für die Sinnhaftigkeit einer zentralen Beschaffungsstelle für die in Gemeinden notwendigen Produkte. Es gibt hier noch viel Entwicklungspotenzial. Erfahrungsgemäß dauert es vier bis fünf Jahre bis eine derartige Einrichtung breit gegriffen hat." **pele**

GEM NOVA

„Wir organisieren von der Analyse der bestehenden Anlagen über die Planung und Beschaffung bis hin zur Finanzierung und Förderung das gesamte Paket."

Alois Rathgeb, Geschäftsführer GemNova

Gelebte Schuldenbremse auf Ebene der Gemeinden

„Österreichs Gemeinden haben im Rechnungsjahr 2011 hervorragend gewirtschaftet“, freut sich Gemeindebund-Chef Helmut Mödlhammer bei der Präsentation des Gemeindefinanzberichtes 2012, der die Finanzlage der Gemeinden anhand der Rechnungsabschlüsse 2011 darstellt.

Insgesamt betrugen die Gesamteinnahmen der Gemeinden im Jahr 2011 17,198 Mrd. Euro, die Gesamtausgaben lagen mit 16,996 Mrd. Euro darunter. Der Bruttosaldo der Gemeinden war also positiv und weist einen Überschuss von rund 200 Mio. Euro aus, nach Maastricht-Kriterien wurde von Gemeinden (ohne Wien) sogar ein Überschuss von 420 Mio. Euro erzielt. „Das sollen uns der Bund und die Länder einmal nachmachen“, so Mödlhammer.

„Noch lange bevor auf Bundes- und Landesebene das Wort Schuldenbremse bekannt war, haben die heimischen Gemeinden diesen Begriff schon gelebt.“
Gemeindebundpräsident Helmut Mödlhammer

An der Struktur der Abgabenerträge der Gemeinden sieht man ebenfalls deutliche Veränderungen. Im Rechnungsjahr 2011 sind die Ertragsanteile des Bundes um 10,6 % Prozent gestiegen. In den zwei Jahren davor gab es hier Verluste. Mit Gegenrechnung der Inflation stehen die Ertragsanteile 2011 damit zumindest wieder auf dem Niveau von 2008. Die Einnahmen aus den gemeindeeigenen Abgaben (Kommunalsteuer und Grundsteuer) waren auch in der Krise relativ stabil und stiegen 2011 um 4,5 %.

Bei den Gebühren waren die Steigerungen in den Krisenjahren moderat, 2011 haben die Gemeinden - sicherlich auch unter dem Druck der Aufsichtsbehörden - die Gebühren um durchschnittlich 5,4 % angehoben.

Bei den Nettoausgaben der Kommunen sind ebenfalls deutliche Veränderungen festzustellen. Die Nettoausgaben stellen jene Summe dar, welche die Gemeinden abzüglich der Einnahmen aus diesem Bereich noch dazu finanzieren müssen. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Kosten weg von der „harten“ Infrastruktur (Straßen, Wasserbau, etc.) wandern und sich stärker auf die „softe“ Infrastruktur (Kinderbetreuung, Pflege, Schule) konzentrieren.

Spürbar hat sich die Einigung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden über die Finanzierung der Pflege ausgewirkt. Die Sozialkosten sind schon 2011 nicht so stark gestiegen, wie in den Rechnungsjahren davor.

Eine weitere gute Nachricht gibt es beim Blick auf die Abgangsgemeinden: „Innerhalb von zwei Jahren sind wir von 1.642 Abgangsgemeinden auf nur noch 646 herunter gekommen“, freut sich Mödlhammer. „Das war ein Kraftakt und zeigt, dass die Gemeinden ihre Haushalte erfolgreich konsolidiert haben. De facto erzielen drei Viertel der Gemeinden Überschüsse, damit können auch Abgänge von strukturschwachen Gemeinden aufgefangen werden. Wer also sagt, dass die Gemeinden pleite sind, der kennt sich schlicht nicht aus“, so Mödlhammer.

Die Konsolidierung der Haushalte geht natürlich auch zulasten der Investitionen. Insgesamt sind die reinen Investitionen um fast 10 Prozent gesunken und betragen nun rund 1,5 Mrd. Euro.

Durch diese Maßnahmen ist allerdings auch wieder die freie Finanzspitze gestiegen. Sie ist Indikator dafür, wie hoch die Budgetmittel sind, die Gemeinden abseits der Pflichtausgaben zur freien Verfügung haben.

Noch lange bevor auf Bundes- und Landesebene das Wort Schuldenbremse bekannt war, haben die heimischen Gemeinden diesen Begriff schon gelebt. „Wir haben nicht nur kein Defizit, sondern Überschüsse. Und unsere Schulden steigen nicht langsam, sondern sinken real sogar“, so Mödlhammer.

Insgesamt betragen die Gemeindeschulden 2011 rund 11,641 Mrd. Euro oder 1.745 Euro pro Einwohner. Das bedeutet auch, dass der Gesamtschuldenstand real um 0,4 Prozent gesunken ist. Zum Vergleich: Der Bund hat rund 200 Mrd. Euro Schulden, die immer noch jedes Jahr steigen.

Landesrechnungshof prüft Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern

Mit Beschluss des Tiroler Landtages vom 7. November 2012 – die Kundmachung im Landesgesetzblatt wird voraussichtlich im Dezember 2012 erfolgen - wurde die Tiroler Landesordnung 1989 dahingehend geändert, dass mit dem Beginn der neuen Legislaturperiode (voraussichtlich im 1. Halbjahr des Jahres 2013) dem Landesrechnungshof die Kompetenz zur Prüfung von Gemeinden mit weniger als 10.000 Einwohnern eingeräumt werden wird. In diesem Zusammenhang erstreckt sich die Prüfkompetenz des Landesrechnungshofes auch auf ausgegliederte Unternehmen (z. Bsp. GmbH, KG), die von diesen Gemeinden betrieben bzw. an denen diese Gemeinden mit mindestens 50 v. H. des Stamm-, Grund- oder Eigenkapitals beteiligt sind.

Die Prüfungen durch den Landesrechnungshof werden über eigene Initiative dieser Kontrolleinrichtung (von Amts wegen) durchgeführt.

Hinsichtlich der Berichte über durchgeführte Prüfungen ist vorgesehen, dass diese zunächst dem Bürgermeister bekannt gegeben werden. Der Bürgermeister hat hierzu Stellung zu nehmen und dem Landesrechnungshof die aufgrund des Prüfungsergebnisses getroffenen Maßnahmen innerhalb von drei Monaten mitzuteilen. Der Landesrechnungshof hat sodann das Ergebnis seiner Gebarungsprüfung samt der Äußerung des Bürgermeisters der Landesregierung mitzuteilen. Eine Behandlung der Berichte im Tiroler Landtag findet in diesem Zusammenhang nicht statt. Die Veröffentlichung der Berichte durch den Landesrechnungshof ist erst nach Vorlage an den Gemeinderat der geprüften Gemeinde vorgesehen.

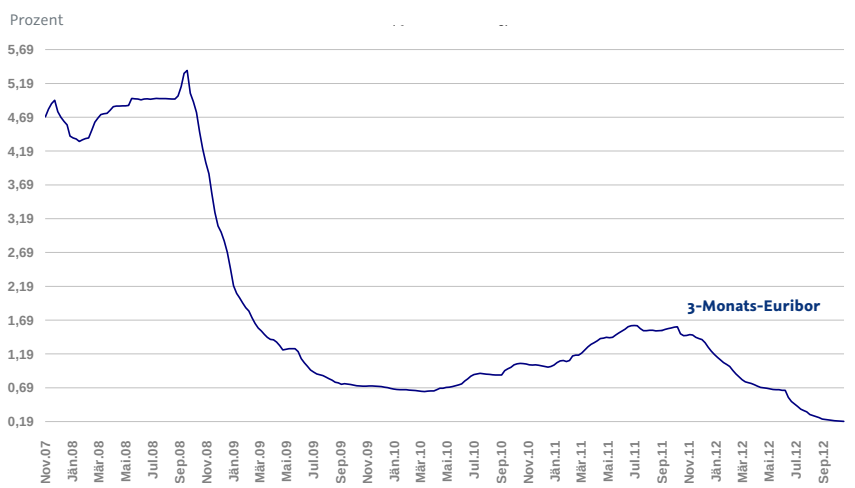
Sichern Sie sich jetzt das niedrige Zinsniveau

Nach wie vor sind die Zinsen auf einem sehr niedrigen Niveau. Vor dem Umfeld der weiterhin unsicheren Entwicklung im Euro-Raum kann es durchaus empfehlenswert sein, sich das tiefe Zinsniveau zum Beispiel mit Hilfe eines Fixzinskredits zu sichern. Dabei gilt es, das Risiko steigender Zinsen zu begrenzen, bevor es zukünftig nicht mehr steuerbar ist. Denn wenn sich einmal der Trend „nach oben" abzeichnet, sind Absicherungen kaum noch finanzierbar.

Fixzinskredit – die Vorteile im Überblick:

- Absicherung gegen steigende Zinsen
- Fixer Zinssatz und somit fixe Raten für eine bestimmte Periode
- Fixzinslaufzeit frei wählbar
- Optimale Kalkulier- und Planbarkeit

Die Experten der Hypo Tirol Bank beraten Sie gerne, wie Sie im konkreten Fall von dem aktuell niedrigen Zinsniveau profitieren können.



Ihr Ansprechpartner

Heinz Zerlauth
Tel 050700 2306
heinz.zerlauth@hypotirol.com

Kontakt

HYPO TIROL BANK AG
Großkunden und öffentl. Institutionen
Meraner Straße 8
6020 Innsbruck
Tel 050700

www.hypotirol.com

HYPO TIROL BANK

Kommunal Wirtschafts Forum

Partnerschaft mit Zukunft

Frühbucherbonus bis 25.1.2013

20. - 21. März 2013 | Congress Innsbruck

Lebensqualität trotz Sparpaket
Gemeinsam, regional und nachhaltig für die Zukunft investieren

Das Kommunalwirtschaftsforum, eine Initiative von PORR, Raiffeisen-Leasing, Siemens Österreich und VASKO+PARTNER, hat sich als interdisziplinäre Netzwerkplattform zwischen öffentlichen und privaten Partnern etabliert. Experten beleuchten Best-Practice-Beispiele und Perspektiven für die Zukunft. Beim KWF 2013 steht das Thema Lebensqualität trotz Sparpaket im Zentrum.

Die Kommunen sind gefordert – ein breites Spektrum steht an, das trotz der verschärften Finanzsituationen bewältigt werden muss. Die Attraktivität von Gemeinden ist geprägt vom Infrastrukturangebot, den Nahversorgungsmöglichkeiten, über die Kultur- und Freizeitmöglichkeiten, dem Umweltengagement bis zum transparenten und effizienten Finanzmanagement.

Informationen und Anmeldung unter
www.kommunalwirtschaftsforum.at
T: +43 1 409 79 36-66
E: karin.auer@sympos.at

Unter der Schirmherrschaft von

Österreichischer Gemeindebund
Österreichischer Städtebund

Initiatorengruppe

PORR
Raiffeisen Leasing
SIEMENS
VASKO+PARTNER

Veröffentlichung von Stellenausschreibungen

Neuer Service auf Homepage des Verbandes

Der Tiroler Gemeindeverband ist bestrebt, das Serviceangebot für die Gemeinden und Gemeindeverbände laufend zu verbessern.

In diesem Zusammenhang besteht ab sofort für Gemeinden bzw. Gemeindeverbände die Möglichkeit, Ausschreibungen von freien Dienstposten (Stellenausschreibungen) auf der Homepage des Tiroler Gemeindeverbandes zu veröffentlichen.

Um auf diese Weise allen potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern einen möglichst vollständigen Überblick über die jeweils vakanten Stellen auf Gemeindeebene zu verschaffen, lädt der Tiroler Gemeindeverband ein, von diesem Angebot regen Gebrauch zu machen.

Folgende Vorgangsweise ist zu treffen:

Übermittlung des Ausschreibungstextes im „pdf-Format“ an den Tiroler Gemeindeverband per E-Mail unter: tiroler@gemeindeverband.tirol.gv.at

Stellenausschreibungen der Gemeinden im Internet unter www.gemeindeverband.tirol.gv.at

MUSTER EINER STELLENAUSSCHREIBUNG

Bei der Gemeinde / Marktgemeinde / Stadtgemeinde ....., ist für die Betreuung einer Kindergartengruppe in der Kinderbetreuungseinrichtung ....., mit Wirksamkeit vom ..... die Stelle

einer pädagogischen Fachkraft

mit einem Beschäftigungsausmaß von 40 Wochenstunden, das sind 100% der Vollbeschäftigung, zu besetzen. Die Einstufung erfolgt nach den Bestimmungen des Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetzes 2012 – G-VBG 2012, LGBl. Nr. 119/2011 in der jeweils geltenden Fassung, Entlohnungsgruppe ki.

Das Mindestentgelt beträgt monatlich € ..... brutto.

Von den BewerberInnen werden folgende Voraussetzungen erwartet:

- die erfolgreiche Ablegung der Reife- und Diplomprüfung für Kindergärten oder der Diplomprüfung für Kindergartenpädagogik
- .....

Bewerbungen sind bis spätestens ..... bei der Gemeinde / Marktgemeinde / Stadtgemeinde ..... einzubringen.

Für Informationen steht Ihnen ..... zur Verfügung.

Hier:
Auf § 2 des Gemeinde-Gleichbehandlungsgesetzes 2005 in Verbindung mit § 7 des Landes-Gleichbehandlungsgesetzes 2005 wird hingewiesen.

Variante:

Gemäß § 2 des Gemeinde-Gleichbehandlungsgesetzes 2005 in Verbindung mit § 7 des Landes-Gleichbehandlungsgesetzes 2005 werden insbesondere Frauen eingeladen, sich zu bewerben.

Für den Gemeinderat:
Der Bürgermeister

Wir bringen's unter einen Hut.

Denn die **Tiroler Ingenieurbüros** sind die Partner um – treuhändisch für ihre Auftraggeber – Projekte zu planen, zu berechnen, auszuschreiben und in weiterer Folge Termine, Kosten und Qualität zu überwachen und unter einen Hut zu bringen.

Fachgruppe Ingenieurbüros –
Beratende Ingenieure in der WK Tirol
Meinhardstraße 14
6020 Innsbruck
Tel.: +43 (0)5 90 90 5-1263
ingenieurbueros@wktirol.at
www.ingenieurbueros.at

Wir wünschen allen
Bürgermeistern, Gemeinderäten
und Gemeindebediensteten sowie
allen Lesern dieser Zeitschrift

Gesegnete Weihnachten und
ein erfolgreiches Jahr 2013

Für den Tiroler Gemeindeverband

Präsident
Ernst Schöpf

Geschäftsführer
Helmut Ludwig

Effizientes Management in Gemeinden – made in Tirol

Neue Wege gehen müssen die Gemeinden bei der Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben. Die Überreglementierung hat Blüten getrieben, jetzt stehen Effizienz und Transparenz im Vordergrund.

Foto: MGT Telfs/Dietrich

Fachverband der leitenden Gemeindebediensteten Tirol (FLGT)

Mag. iur.
Bernhard Scharmer
Landesobmann &
Gemeindeamtsleiter
der Marktgemeinde Telfs

Tel. 05262/6961-1000

Mobil: 0676/83038-213

E-Mail
bernhard.scharmer@
telfs.gv.at

Web: www.flgt.at
www.telfs.gv.at

Als Experte im Bereich effizientes Gemeindemanagement schreibt Mag. Bernhard Scharmer in jeder Ausgabe der Tiroler Gemeindezeitung einen Artikel zu aktuellen Themen aus dem Gemeindewesen bzw. des FLGT – unter dem Motto „Aus der Praxis für die Praxis".

Bürgermeister und Gemeindeamtsleiter stehen in der heutigen Zeit in einem ständigen Spannungsfeld zwischen den Maximen der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweck- und Rechtmäßigkeit. Um die verantwortungsvollen Aufgaben einer Gemeinde effizient und effektiv für die Bürger erfüllen zu können, sind moderne Methoden und Ansätze gefragt.

Wenn wir mit den üblichen Methoden arbeiten, werden wir auch nur die üblichen Erfolge erzielen. Da die Gemeinden aufgrund der derzeitigen Gesetzgebung immer mehr Agenden sowohl im hoheitlichen als auch im privatwirtschaftlichen Bereich zu erfüllen haben, sollten wir neue Wege beschreiten, um noch erfolgreicher zu werden.

Definition Gemeinde und Aufgaben

Gemeinde = Gebietskörperschaft öffentlichen Rechts und die kleinste sich selbst verwaltende politische Einheit in Österreich.

Gemeinde = Behörde mit dem Ziel der bürgerorientierten Abwicklung von Gemeindeaufgaben.

Gemeinde = Treuhänder des Bürgervermögens.

Die durchschnittliche Gemeinde hat rund 800 bis 1000 Aufgaben zu erfüllen. Die meisten davon sind gesetzlich definiert. Es gibt aber auch Aufgaben, die freiwillig bzw. fakultativ im Sinne eines guten Bürgerservice erledigt werden. Ein konkreter Leistungskatalog mit sämtlichen Gemeindeaufgaben wurde gemeinsam mit Gemeindevertretern im Rahmen des Projektes Tirol 2.0 erarbeitet. Dieser Produktkatalog ist auf www.flgt.at zum Download verfügbar.

Aufgrund der Fülle der Gemeindeaufgaben und der aufblühenden Bürokratie, verursacht durch europäisch/amerikanisch motivierte Überreglementierungen, sind neue Arbeitsmethoden auch aufgrund der geforderten Einsparungsmaßnahmen notwendig.

Aufbau- und Ablauforganisation

Eine effiziente und klar strukturierte Aufbau- und Ablauforganisation in den Gemeindeverwaltungen ist unerlässlich, um erfolgreich agieren zu können. Wer macht was und mit welchen Methoden? Die Gliederung und Kompetenzverteilung ist abhängig von Größe und Gesamtstruktur der Gemeinde.

Zeitmanagement

Unter professionellem Zeitmanagement versteht man die effiziente Nutzung der Ressource Zeit. Zeit ist das, was auf der Uhr steht, aber Zeit ist auch Geld. Die Verantwortungsträger sind daher gefordert in den 40 bis 50 Wochenstunden das bestmögliche Ergebnis zu erzielen. Zentral ist hierbei die Differenzierung zwischen wichtig und dringend.

Mitarbeiter und Führung

Die Mitarbeiter einer Gemeinde sind neben den politischen Vertretern eine wichtige Säule jeder Gemeindeverwaltung. Im Sinne einer effizienten Verwaltung und eines konstruktiven Miteinanders sind Mitarbeiter von den Verantwortungsträgern, unter Beachtung der modernen Managementgrundsätze, zu führen und anzuleiten.

Stichworte zum Thema Führung: Resultatorientierung, Beitrag zum Ganzen, Konzentration auf Wesentliches, Stärken stärken, Vertrauen aufbauen, positiv und konstruktiv denken.

„Du gewinnst nie alleine, am Tag, an dem du was anderes glaubst, fängst du bereits an zu verlieren." (M. Häkkinen)

Kommunikation

Wie schon Sokrates festgestellt hat, sollen wir so miteinander reden, dass wir einander verstehen.

Kommunikation ist die Art wie wir uns verständigen und miteinander umgehen. Sachliche Zusammenarbeit setzt eine

Tiroler Gemeindeverband
FACHVERBAND DER LEITENDEN GEMEINDEBEDIENSTEN TIROLS
FLGT TIROL
WWW.FLGT.AT

positive Kommunikation (auf verbaler und nonverbaler Ebene) und gute zwischenmenschliche Beziehungen voraus.

Konstruktiver Umgang mit Konflikten

Interkommunale Kooperation ist die Zusammenarbeit von Gemeindeverwaltungen, die entweder in einem vertraglich geregelten koordinierten Vorgehen oder in der Schaffung eines neuen Rechtsträgers (Gemeindeverband) zur Verfolgung der gemeinsamen Interessen bestehen kann. Viele Aufgaben lassen sich ohne Kooperation gar nicht, einige Aufgaben nur mit einem erhöhten finanziellen Aufwand erfüllen, wobei bestimmte Aufgaben ihrer Natur nach von vornherein auf das Zusammenwirken mehrerer Gemeinden angelegt sind. Bestimmte kommunale Investitionen lohnen sich erst ab einer gewissen Mindestgröße und sollten daher durch mehrere Nachbarkommunen mitgetragen und mitgenutzt werden, wie zum Beispiel Kläranlagen, Abfallbeseitigung, Altenwohnheime, etc.

E-Government

Das Projekt Tirol 2.0 unter der Federführung von Arno Abler hat sich zum Ziel gesetzt, behördliche Arbeitsabläufe zu standardisieren und zu vereinheitlichen. Anträge sollen digital abgewickelt und durch die sofortige und vollständige Verfügbarkeit aller notwendigen Daten auch effizienter durchgeführt werden. Durch die Digitalisierung werden alle Arbeitsabläufe transparent dargestellt und der aktuelle Sachstand kann jederzeit nachvollzogen werden. Schlussendlich bedeutet E-Government damit auch einen 24h-Bürgerservice.

Work-Life-Balance

Unter Work-Life-Balance ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Arbeit und Privatleben zu verstehen. Um eine effiziente Leistung für die Gemeinde erbringen zu können, ist auf ein ständiges Gleichgewicht folgender Faktoren zu achten: 1) Beruf und Leistung, 2) Gesundheit, 3) Familie und soziale Kontakte und 4) Sinn und Werte. Eine wichtige Führungsaufgabe im öffentlichen Dienst besteht darin, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Mitarbeiter gesund, vital und arbeitsfähig bleiben.

„Es ist deutlich erkennbar, dass der Amtsschimmel in unseren Tiroler Gemeindestuben nicht mehr wiehert und die Maria Theresianischen Verwaltungen langsam aber sicher durch neue moderne Gemeindeverwaltungen ersetzt werden. Die Gemeinde – als erster direkter Ansprechpartner für die Bürger – und die dort geleistete Arbeit gewinnen immer mehr an Bedeutung. Ich werde mich auch weiterhin mit voller Kraft dafür einsetzen, unsere Gemeindeverwaltungen zu optimieren und Synergien zu nutzen, um noch bürgerorientierter zu werden.“ ***Bernhard Scharmer***

Verlängerung der Schwellenwerteverordnung

Auf Basis der dem Tiroler Gemeindeverband vorliegenden Informationen ist die Verlängerung der derzeit in Geltung stehenden Verordnung des Bundeskanzlers betreffend die Anpassung von im Bundesvergabegesetz 2006 festgesetzten Schwellenwerten – Schwellenwerteverordnung 2009 – **bis zum 31. Dezember 2013** vorgesehen.

Die Kundmachung im Bundesgesetzblatt bleibt abzuwarten.

Familienfreundliche Gemeinden erhielten ihre Zertifikate

Insgesamt 79 Gemeinden und eine Region wurden im Oktober in Salzburg als familienfreundliche Gemeinden ausgezeichnet. Mit Eben am Achensee, Kitzbühel, Kufstein, Reith im Alpbachtal, Steinach am Brenner und Wörgl kamen sechs davon aus Tirol. Im Rahmen einer Feier wurden die Zertifikate vom Familienministerium repräsentiert durch den zuständigen Bundesminister Reinhold Mitterlehner und dem Österreichischen Gemeindebund übergeben.

GemTrack GPS im Vormarsch in den Tiroler Gemeinden

Einfache Abrechnung mit Dienstleistern und Haftungsabsicherung im Winterdienst - oder zu viel Transparenz? Gut, dass sich die Frage, ob man in ein GPS-basierendes Dokumentationssystem investieren soll, inzwischen nicht mehr stellt. Vor allem nicht bei Tiroler Gemeinden, denn das GemTrack GPS-System hatte heuer bereits überdurchschnittlich hohen Zuwachs bekommen.

Mag es an der zunehmenden Klagsfreudigkeit der Wintertouristen oder einfach an der Erkenntnis liegen, dass die verpflichtende, jedoch zum Teil noch immer manuell geführte Aufzeichnung einfach nicht mehr zeitgemäß ist. Auch die Gemeinde Alpbach konnte diesbezügliche Angriffe bereits erfolgreich abwehren.

Dabei ist die Entscheidungsfreudigkeit so unterschiedlich wie die Geographie im Bundesland selbst, denn manche entscheiden sich erst nach vielen Jahren der Überlegung zu diesem Schritt, während einige Gemeinden in der Umgebung von Innsbruck den Rekord auf bis zu zwei Wochen „von 0 auf 100“ drückten. Apropos Geographie: Der große Zuspruch in Tirol veranlaßt C&N – obwohl in Wels beheimatet - hier mit den „Arbeiten“ an der neuen GIS-Plus Version zu beginnen. Im nächsten Jahr wird es auch für die beliebte WEB-Version eine elegante Lösung geben, Gemeindeeigene GIS-Daten mit der Winterdienstabrechnung zu kombinieren.

Foto: C&N

Auch Bgm. Markus Bischofer aus Alpbach und seine Mitarbeiter setzen seit 2010 auf GemTrack.

Das Engagement in Sachen Winterdienst wird durch die jüngsten Film-Aktivitäten unterstrichen. Am Ende der letzten Wintersaison in Zusammenarbeit mit Ing. Manfred Auer aus Telfs gedreht, steht inzwischen der Tiroler GPS-Gemeindefilm in HD zur Verfügung, der bei der im Frühjahr 2013 geplanten Veranstaltung zu sehen ist – bei Interesse natürlich auch jederzeit kurzfristig in Gemeinden, die sich angesichts des nahenden Winters noch rüsten wollen.

Parallel zu GemTrack gibt es iGem als das ultimative iPhone/iPad-basierende Werkzeug, das alle Gemeindeaufgaben optimiert, die mit mobiler Tätigkeitserfassung, Inventarisierung, Bestandsaufnahmen, Kostenstellenzuordnung und Zustandserhebung in einer Gemeinde zu tun haben. Oder noch einfacher gesagt: aufwendige Papierlisten gehören der Vergangenheit an, Datenaustausch von unterwegs ist angesagt. Alleine die Einsparung einer einzigen Arbeitsstunde pro Woche durch Vermeidung redundanter Papier- und EDV-Eingaben rechtfertigt die Anschaffung.

Zählerstandserfassungen, die Baumkatastererstellung, die Kanalwartung und die Erstellung und Abarbeitung von Wartungslisten sind dabei ebenso leicht zu handhaben wie eine mobile Arbeitszeiterfassung am Bauhof oder die Wildbachbegehung.

Einen Trailer zum Gemeindefilm gibt es im kommenden Newsletter in Form eines Links auf YouTube zu sehen. Wer noch nicht „dabei“ ist, kann dies gerne unter der virtuellen Adresse http://www.gemtrackgps.com nachholen oder direkten Kontakt aufnehmen. **pr**

COMMUNICATION & NAVIGATION (C&N)

Martina Pernegger &
Werner Oberegger
Durisolstrasse 7,
4600 Wels

Tel. 07248-66233
Fax: 07248-66433

E-Mail: gps@c-n.at

Neues Wohn- und Pflegeheim Firstfeier in Arzl

Wohn- und Pflegeplätze für ältere Menschen sind heutzutage ein vordringlicher Bedarf. Die Raiffeisen Kommunal-Betreuung Tirol kann Tirols Gemeinden effizient dabei unterstützen, die entsprechenden Einrichtungen zu schaffen.

Auf den Punkt gebracht stehen viele Gemeinden vor der schwierigen Aufgabe, die bestmögliche Konstellation zwischen Kosten und Nutzen finden zu müssen. Angebote „von der Stange" gibt es dafür keine. Raiffeisen bietet gemeinsam mit seinen Partnern jedoch individuelle Lösungen und maßgeschneiderte Angebote.

Ein Beispiel dafür ist das neue Wohn- und Pflegeheim in Arzl im Pitztal. Im November luden WRS energie- und unternehmenslösungen gmbh und Raiffeisen-Leasing zur Firstfeier. 52 pflegebedürftige Pitztaler werden hier künftig ein modernes und ihren Bedürfnissen optimal angepasstes Zuhause finden.

Nach einer intensiven Planungsphase durch die Architekten sitka.kaserer.architekten ZT GmbH erfolgte im Frühjahr 2012 der Spatenstich für den Neubau des Wohn- und Pflegeheimes in Arzl im Pitztal. Nun wurde bereits Dachgleiche gefeiert.

Bald stehen auf insgesamt mehr als 4.500 m² moderne, wohnlich gestaltete Zimmer und großzügige Gemeinschaftsbereiche sowie hochwertig ausgestattete Bewegungs- und Multifunktionsräume zur Verfügung.

Die Raiffeisen-Leasing errichtet als Generalunternehmer gemeinsam mit ihrem technischen Partner WRS energie- und unternehmenslösungen gmbh das neue Gebäude für den Gemeindeverband Wohn- und Pflegeheim Pitztal. Die Finanzierung erfolgt über die örtliche Raiffeisenbank Arzl im Pitztal.

Nutzen für Gemeinden
Ausschreibung und Vergabe erfolgen im Verhandlungsverfahren an den Bestbieter
Es gibt immer einen verantwortlichen Ansprechpartner
Für die gesamten Herstellkosten wird Kostengarantie gegeben
Auch der künftige Energiebedarf ist garantiert
Die regionale Wirtschaft wird bei der Bauausführung eingebunden
Gegenüber dem herkömmlichen Baurechts- und Mietmodell spart sich die betreffende Gemeinde die hohen Einmalkosten.

Mag. Heinrich Kranebitter
Raiffeisen Kommunal-Betreuung Tirol

Er ist für Sie bei allen Anfragen bzw. für Terminvereinbarungen erreichbar unter Telefon 0512 5305 DW 11235 bzw. mobil unter 0664 855 26 57 bzw. per E-Mail unter heinrich.kranebitter@rlb-tirol.at

Foto: Raiffeisen-Leasing

Neubau des Wohn- und Pflegeheimes in Arzl im Pitztal – bei der Feier zur Dachgleiche im Bild von links: Bgm. Walter Schöpf (Wenns), Mag. Josef Liegl (Gruppenleiter wrs), Bgm. Rupert Hosp (St. Leonhard im Pitztal), Bgm. Siegfried Neururer (Arzl im Pitztal), Mag. Heinrich Kranebitter (Raiffeisen Kommunal-Betreuung Tirol), Ing. Andreas Sprenger (Raiffeisen-Leasing, PPP), Johannes Zechmeister (Projektleiter wrs) sowie Architekt Reinhard Kaserer.

Es wird Zeit für mehr Mut zur Raumplanung

Raumplanung ist Zukunftsgestaltung. Raumplanung ist die Frage der Gestaltung unseres Lebensraumes, in der Stadt und am Land. Der zukunftsfähige Umgang mit einer der wertvollsten Ressourcen die wir haben, dem (Lebens)Raum. Wohnraum schaffen, lokale und regionale Wirtschaftssysteme sichern und gestalten, Verkehrssysteme entwickeln, Städte und Dörfer gestalten, Begegnungsräume schaffen, Landschaftsräume sichern, Standorte entwickeln, Wettbewerbsfähigkeit sichern, Perspektiven schaffen, Konflikte und Risiken vermeiden, Chancen sichern und verteilen . . . das ist Raumplanung.

Mit diesem Verständnis von Raumplanung stoße ich in den Gesprächen über Raumplanung in den Gemeinden unseres Landes immer wieder auf überraschte Gesichter. „Was hat das mit Raumplanung zu tun?“ - wird dann gefragt - „erstens heißt das nicht Raumplanung, sondern Raumordnung (Anm.: vielleicht liegt darin bereits ein grundsätzliches Missverständnis) und zweitens ist Raumordnung doch die Erfüllung aller Vorgaben des Raumordnungsgesetzes. Wir sind damit schon beschäftigt genug.“ - heißt es dann. Es entsteht oft der Eindruck, dass die Fülle an bürokratischen Erfordernissen der raumordnungsrechtlichen und baurechtlichen Alltagsbewältigung dazu geführt hat, das die Aufgabe der Raumplanung aus den Augen verloren wurde.

Überraschen darf das nicht. Das Tiroler Raumordnungsgesetz und vor allem dessen Exekution wurde im Laufe der Zeit von einer Gesetzesgrundlage für Zukunftsgestaltung zu einer luftbildüberwachten Verwaltungsmaschine umgebaut. So gibt es nun in Tirol für die Raumordnung 6 Planungsebenen, 5 davon mit Verordnungscharakter, 34 verschiedene Widmungskategorien (ohne die Unzahl an Sonderflächen), 28 verschiedene Festlegungen in den Bebauungsplänen und eine Reihe von Ausnahmen, Verbindungen und Abhängigkeiten. Die Herausforderung für die Gemeinde liegt häufig nicht mehr darin, gute Raumplanung zu machen und damit Zukunft zu gestalten, sondern darin, die Erfordernisse der gesetzlichen Grundlagen so abzuarbeiten, dass die notwendigen Genehmigungen in einer für den Bürger oder Investor erträglichen Zeit erteilt werden.

Der Raumplaner als Berater der Gemeinde ist gleichzeitig in besorgniserregendem Umfang damit beschäftigt, zukunftstaugliche oder auch einfach nur unproblematische Projekte durch die „Raumverwaltung“ zu begleiten, um sicherzustellen, dass diese nicht an irgendeiner bürokratischen Hürde scheitern. Es ist ein bürokratisches Gefängnis entstanden aus dem wir uns dringend befreien sollten.

Viele Gemeinden stehen mitten in der Fortschreibung der Raumordnungskonzepte. Die Aufgabe des Raumordnungskonzeptes ist es, die Zukunft der Gemeinde für die nächsten 10 Jahre zu gestalten. Es braucht Zieldiskussionen und Leitbilder, Gestaltungswillen und Perspektiven, Streitkultur und Konsensbereitschaft. Es geht nicht darum, Statistiken zu verbessern, rote Linien in vermessungstechnischer Genauigkeit an Grundstücksgrenzen entlang zu führen und parzellengenau zu regeln was sein soll oder nicht sein darf. Es geht ums Wesentliche. Die wesentlichsten Probleme vermeiden, die wesentlichsten Chancen sichern, und es geht darum vor dem Hintergrund enger werdender budgetärer Spielräume, Perspektiven zu schaffen. Mit Mut zur Raumplanung sollten die Gemeinden an diese Aufgabe herangehen. Gestalten statt verwalten muss der Wahlspruch sein. Das Raumordnungsgesetz und die dazugehörigen Durchführungsrichtlinien sind dabei nicht Ziel sondern lediglich Werkzeug. Raumplaner und Gemeinden sollten die Chance nutzen und den Lebensraum von morgen zukunftsfähig gestalten.

Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Tirol und Vorarlberg

DI Andreas Falch,
Obmann der Fachgruppe Raumordnung, Raumplanung, Landschaftspflege und Geografie
Rennweg 1, Hofburg
6020 Innsbruck

Tel. 0512 588 335
Fax: 0512 588 335-6
E-Mail: arch.ing.office@kammerwest.at

Internet:
www.kammerwest.at

Im „Positionspapier zum Stand der Raumplanung in Tirol“ (Quelle: http://www.kammerwest.at/ikwest/fachgruppen/raumordnung-raumplanung-landschaftsplanung-und-geografie/index.htm) haben wir Raumplaner schon 2010 auf die notwendige Entbürokratisierung der Raumplanung hingewiesen. Unser Gespräch mit dem nun für Raumordnung zuständigen Landesrat Tratter hat uns gezeigt, dass wir mit ihm einen interessierten und erfahrenen Gesprächspartner haben. Die Tiroler Raumordnung zukunftsfähig zu machen, das ist Aufgabe der Raumplaner, der Gemeinden und der Landesregierung.

Was ist eigentlich Raumplanung? Um diese Frage zumindest in jenen Bereichen zu beantworten, die Gemeinden täglich betreffen, haben wir Raumplaner ein österreichweit gültiges Leistungsbild Raumplanung (Link: http://www.kammerwest.at/ikwest/fachgruppen/raumordnung-raumplanung-landschaftsplanung-und-geografie/index.htm) erarbeitet. Es hilft den Gemeinden, die Leistungen, die vom Raumplaner erbracht werden zu beschreiben und es hilft vielleicht an der einen oder anderen Stelle auch bei der Abgrenzung zwischen Raumplanung und Bürokratie. Vor allem aber soll es Mut machen. Mut zur Raumplanung.

Andreas Falch
FG-Obmann

ARAG. DER RECHTSSCHUTZSPEZIALIST.

ARAG
MACHT STARK.

Erfolgreicher Rahmenvertrag der ARAG Österreich mit dem Tiroler Gemeindeverband

Gottfried Eisele
Produktentwicklung

Wir möchten uns sowohl bei allen Gemeinden, die in den letzten Monaten als Neukunden gewonnen werden konnten, als auch bei allen Gemeinden, die seit Jahren im Rahmenvertrag der Tiroler Gemeinden versichert gelten, für das uns entgegengebrachte Vertrauen bedanken.
Ebenso an dieser Stelle auch ein großes Danke an unseren Vertragspartner, den Tiroler Gemeindeverband, für die langjährige erfolgreiche Kooperation.
Zu den bevorstehenden Feiertagen wünschen wir allen Damen und Herren Bürgermeistern und Funktionären der Tiroler Gemeinden und deren Angehörigen ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein erfolgreiches Neues Jahr 2013.

www.ARAG.at

INDIVIDUELL UND MODULAR • Klein- und Mittelbetriebe • Gemeinden • Medizin- und Gesundheitsberufe

Tiroler Landesgesetze und Verordnungen

Verordnung der Landesregierung vom 3. Oktober 2012, mit der die Verordnung über die Geschäftsordnung der Tiroler Landesregierung geändert wird

Verordnung der Landesregierung vom 5. September 2012 über die Festsetzung des Pflegeelterngeldes (Pflegeelterngeldverordnung 2013)

Verordnung der Landesregierung vom 25. September 2012 über die Führung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gemeinde-Haushaltsverordnung 2012 – GHV)

Beschluss des Tiroler Landtages vom 4. Oktober 2012 über den Landesvoranschlag für das Jahr 2013 sowie die Umsetzung des Stabilitätspaktes 2012

Kundmachung des Landeshauptmannes vom 13. November 2012 betreffend die Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen den Ländern über das Inverkehrbringen von Kleinfeuerungen und die Überprüfung von Feuerungsanlagen und Blockheizkraftwerken

Personalia

Bgm. Martin Huber, Oberlienz	55
Alt-Bgm. Eduard Förg, Silz	85
Alt-Bgm. Josef Theurl, Assling	90
Alt-Bgm. Albert Linser, Bichlbach	65
Alt-Bgm. Karl Huber, Hopfgarten i. Br.	80
Bgm. Heinz Leitner, Jochberg	60
Alt-Bgm. Otto Regensburger, Tösens	80
Alt-Bgm. Franz Aichner, Abfaltersbach	75
Alt-Bgm. Anton Leitner, Schwendt	85
Bgm. Ing. Josef Hausberger, Eben a. A.	50
Alt-Bgm. Andreas Hörtnagl, Gries a. Br.	70
Alt-Bgm. Josef Haas, Flaurling	85
Bgm. Alfred Oberdanner, Kolsassberg	50
Alt-Bgm. Johann Paukner, Thiersee	80
Bgm. Hermann Steixner, Schönberg i. St	55
Bgm. Mathias Eberl, Finkenberg	65
Generalsekretär Dr. Walter Leiss	55
Bgm. Erwin Schiffmann, Sillian	60
Bgm. Herbert Durst, Schattwald	50
Bgm. Mag. Josef Mair, Außervillgraten	50
Alt-Bgm. Dr. Siegfried Dillersberger, Kufstein	70
Alt-Bgm. Johann Fronthaler, Anras	75
Alt-Bgm. Hubert Heiß, Scharnitz	75
Alt-Bgm. Ing. Kurt Schletterer, Inzing	80
Bgm. Franz Hopfgartner, Hopfgarten i. D.	55

Impressum

Medieninhaber und Herausgeber:
Tiroler Gemeindeverband

Geschäftsführer des Medieninhabers: Dr. Helmut Ludwig

Anschrift: 6020 Innsbruck,
Adamgasse 7a
Tel. 0 512/58 71 30
Fax: 0 512/58 71 30 - 14
E-Mail:
tiroler@gemeindeverband.tirol.gv.at

Redaktionsleitung: Peter Leitner

Hersteller: Raggl Druck GmbH
Rossaugasse 1, 6020 Innsbruck

Erscheinungsweise:
Alle 2 Monate
Erscheinungsort: Innsbruck
Bezug: gratis

Offenlegung gem. § 25 MedG.
Medieninhaber:
Tiroler Gemeindeverband
Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck

Alle Informationen zum Tiroler Gemeindeverband, unter anderem sämtliche Zeitungen 2012 als Download, gibt es auch im Internet:

www.gemeindeverband.tirol.gv.at

TIROLER GEMEINDEZEITUNG

Inhaltsverzeichnis 2012

Ausgabe 01/02 2012

- Die Meinung des Präsidenten 2/3
- Rechtsschutz für die Gemeinden 9/10
- Grundverkehr funktioniert auch ohne Gesetz 11
- Bevor die Grenze zum Streitfall wird 14
- Bürgermeister fordern Konsequenzen 15

Ausgabe 03/04 2012

- Die Meinung des Präsidenten 2/3
- Vorsteuerabzug wird eingeschränkt 4-6
- Grundsteuer muss Gemeindeabgabe bleiben 7-9
- Vorsicht bei Hauptteilungen 10-14
- Die Straße als Lebensraum 14
- Öffentliche Beleuchtung umstellen 19

Ausgabe 05/06 2012

- Die Meinung des Präsidenten 2/3
- Naturgefahren sind ein wesentlicher Faktor 8
- Gemeinden haben 2011 Überschüsse erwirtschaftet 9
- 59. Österreichischer Gemeindetag in Tulln 10
- Land unterstützt Verkehrssicherheits-Check 12
- Mutters rüstet auf LED-Straßenbeleuchtung um 16/17

Ausgabe 07/08 2012

- Die Meinung des Präsidenten 2/3
- Schadensvorbeugung und -behebung mit Wasser Tirol 9
- Gemeinsam für mehr Sicherheit 12
- GemNova DL 100-Prozent-Tochter des Verbandes 13
- Zwischen Normerfüllung und Nutzungsqualität 14
- Wertgrenzen entscheidend in Europas Vergaberecht 16/17

Ausgabe 09/10 2012

- Die Meinung des Präsidenten 2/3
- Die Kommunen zeigen Flagge 12/13
- Interview mit FLGT-Obmann Bernhard Scharmer 14/15
- Bürgermeistertag auf der Innsbrucker Herbstmesse 16
- Gemeindeverband verstärkt sein Team 21

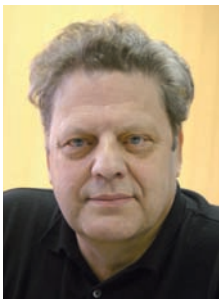
Sonderausgabe Agrar

- Die Meinung des Präsidenten 2/3
- Expertise O.Univ.-Prof. Dr. Harald Stolzlechner 4-8
- Gemeindegutsagrargemeinschaften in Tirol 9-12
- Eigentumsänderung: Keine gesetzliche Grundlage 13-15
- Anleitungen zum Rechnungsabschluss 16/17
- Fallbeispiel Fügen im Zillertal 18
- Fallbeispiel Schönwies im Oberland 19

TIROLER GEMEINDEVERBAND

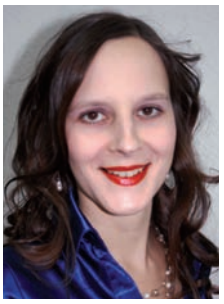
Ihre Ansprechpartner

BGM. MAG. ERNST SCHÖPF
PRÄSIDENT
Tel. 0512-587130
Fax. 0512-587130-14
E-Mail: tiroler@gemeindeverband.tirol.gv.at



DR. HELMUT LUDWIG
GESCHÄFTSFÜHRER
Tel. 0512-587130-12
Fax. 0512-587130-14
E-Mail: h.ludwig@gemeindeverband.tirol.gv.at

MAG. PETER STOCKHAUSER
GESCHÄFTSFÜHRER-STELLVERTRETER
Tel. 0512-587130-13
Fax. 0512-587130-14
E-Mail: p.stockhauser@gemeindeverband.tirol.gv.at



BIANCA FÖGER
BÜROLEITUNG
ASSISTENTIN DER GESCHÄFTSLEITUNG
Tel. 0512-587130-11
Fax. 0512-587130-14
E-Mail: b.foeger@gemeindeverband.tirol.gv.at

MAG. DANIELA GRAMANN
ASSISTENTIN DER GESCHÄFTSLEITUNG
Tel. 0512-587130-15
Fax. 0512-587130-14
E-Mail: d.gramann@gemeindeverband.tirol.gv.at

Anschrift für alle: Adamgasse 7a, 6020 Innsbruck
Internet: www.gemeindeverband.tirol.gv.at

Altenwohnheim, Kufstein

TIGEWOSI

TILAK Personalwohnheim, Innsbruck

Tigewosi wünscht frohe Weihnachten!

Nicht da ist man daheim, wo man seinen Wohnsitz hat, sondern da, wo man verstanden wird.

[Christian Morgenstern]

Fühlen Sie sich bei uns das ganze Jahr über zuhause – Die TIGEWOSI wünscht ein frohes Fest und einen erfolgreichen Start ins neue Jahr!

Mehrzweckgebäude Fambozi, Zirl

TIGEWOSI | TIROLER GEMEINNÜTZIGE WOHNUNGSBAU- UND SIEDLUNGS GES.M.B.H

Fürstenweg 27
A-6026 Innsbruck
Telefon 0512/22 20-0
Fax 0512/22 20-41

office@tigewosi.at
www.tigewosi.at

PARTNER DER GEMEINDEN

Wir helfen Ihnen tatkräftig bei der erfolgreichen Umsetzung! Seit mehr als 60 Jahren ist die TIGEWOSI für Gemeinden ein verlässlicher Partner für:

PROJEKTENTWICKLUNG | PLANUNG
BAUMANAGEMENT | BAULEITUNG
OBJEKTVERWALTUNG | SANIERUNG
ABWICKLUNG VON WETTBEWERBEN

Geschäftsführer
Ing. F. Mariacher

schloss**marketing**

innocom

DIE INNOVATIVE **KOMMUNALMESSE**

15.-16.01. 2013

Salzlager Hall

Kommen Sie zur Ideenbörse für innovative Gemeinde-projekte und Gemeindeprodukte und nehmen Sie Teil an unserem Wissens- und Gedankenaustausch!

+ BÜRGERMEISTERTAG
+ TAGUNGEN & SEMINARE
+ AUSSTELLER & PRODUKTPRÄSENTATIONEN
+ NETWORKING

www.innocom.at

Mit freundlicher Unterstützung von

HYPO TIROL BANK

iKB Innsbrucker Kommunalbetriebe

Hall-Wattens.at

Eine Veranstaltung der

GEM NOVA

Tiroler Gemeindeverband